

Erstinformationsort und Übergangslösung

Nachdem am 4. Dezember 2018 vier Mitglieder des „Beirates“ als Expert*innen im Kulturausschuss angehört worden waren, fand am 5. Februar 2019 die Anhörung des Kultursenators Brosda statt. In langen, weitschweifigen Ausführungen und mit gedrechselten Sätzen verteidigte er den jetzigen Zustand und lobte die Fortschritte, die mit der künstlerischen Installation, der zusätzlich bewilligten wissenschaftlichen Stelle und der Möglichkeit, Seminarräume zu beantragen, erreicht seien. Der Vertrag, den Quantum seinerseits mit der Stadt Hamburg geschlossen habe, werde erfüllt, die „Flächenaufmaßung“ von 760 Quadratmeter nicht unterschritten. Das hätten ihm auch die Juristen bestätigt, da sei nichts zu machen, er vertraue den Juristen. Er betonte immer wieder, dass es nun hier im Zentrum der Stadt die Möglichkeit gebe, besonders Menschen anzusprechen, die nur zufällig vorbei kämen. Es sei ein Umdenken nötig, man müsse neue Formen des Gedenkens ausprobieren. Die Ausstellungsfläche werde durch moderne Konzepte „multifunktional“ genutzt. Es kämen verstärkt digitalisierte Medien zum Einsatz, die Mehrkosten in sechsstelliger Höhe würden von den neuen Eigentümern, der Stadthöfe GmbH und dem Ärzteversorgungswerk Niedersachsen, übernommen. Eröffnungstermin für die endgültige Ausstellung sei der 1. September 2019.

Man werde sich jedoch inhaltlich auf die Täter und auf die Zeit von 1933 bis 1943 beschränken. Für ein ruhiges Gedenken biete sich der Seufzergang an, auch die Brückenarkade solle stärker für Ausstellungszwecke genutzt werden, sie wäre immerhin rund um die Uhr zugänglich. Eine Gesamtschau des Widerstandes werde es an diesem Ort nicht geben. Es sei „unrealistisch“ zu erwarten, dass ein privater Investor so etwas organisiere. Der „Geschichtsort“ an der Stadthausbrücke sei nur ein „Erstinformationsort“, man müsse ihn immer im Zusammenhang mit dem Hannoverschen Bahnhof sehen, dort würden dann 1 000 Quadratmeter für Ausstellungen, Seminare, Präsentationen usw. zur Verfügung stehen. Bis zu seiner Eröffnung im Jahre 2022 sei der Geschichtsort nur eine „Übergangslösung“. Man müsse beides „immer zusammen denken“. Einen Ort des Widerstandes werde es in Hamburg in Zukunft auch geben, dafür sei ein Gebäude auf dem Gelände des Gefängnisses in Fuhlsbüttel im Gespräch. Dort gehöre der Widerstand hin. Man müsse die „Gedenkstätten topografie“ der Stadt Hamburg als Ganzes sehen.

Die Stellungnahmen der Vertreter*innen der Bürgerschaftsfraktionen boten nichts Neues. (Wolfgang Rose, SPD: „Es ist, wie es ist!“) Die einzige Gegenposition bezog Norbert Hackbusch von der Linken. Er stellte auch den Antrag („Petitum“), dass die Kulturbehörde noch einmal mit den Investoren verhandeln solle, um zusätzliche Räume im zukünftigen Görtz'schen Palais für einen Lernort zu bekommen. Dieser Antrag wurde erwartungsgemäß mit den Stimmen aller Fraktionen, außer der Linken abgelehnt. Der Kultursenator begründete die Ablehnung damit, dass man damit wieder bei null anfangen und alle bisher erreichten Fortschritte rückgängig machen würde. Hackbusch konterte, dass dieser Antrag als Erweiterung des Bestehenden gedacht sei und nicht als Negierung des bisher Erreichten. Immerhin war der Kulturausschuss bereit, sich nach der Eröffnung der Ausstellung im September noch einmal mit dem Thema zu befassen („Selbstbefassung“).

Insgesamt eine deprimierende Veranstaltung. Der Kultursenator hat die zum größten Teil kommerzielle Nutzung der zugesicherten 760 Quadratmeter durch Buchhandlung und Café nur indirekt erwähnt, als ein neues Konzept des Gedenkens durch die Einbeziehung von zufällig vorbei kommenden Passant*innen im Zentrum der Stadt. Was daran ein Umdenken sein soll, bleibt schleierhaft, zumal beides für einen zukünftigen Ort des Widerstandes im Gefängnis Fuhlsbüttel offensichtlich nicht gilt, denn Fuhlsbüttel liegt weder im Zentrum der Stadt, noch wird dort zufällig jemand vorbeikommen!

Einen Gedenkort in den Stadthöfen zu einem „Erstinformationsort“ zu reduzieren, wird der historischen Bedeutung dieses Ortes nicht gerecht.

Warum man von einem Investor erwarten kann, dass er einen „Geschichtsort“ zur Tätergeschichte organisiert, ihm aber eine Gesamtschau des Widerstandes nicht zuzumuten ist, ist ein weiteres Rätsel.

Außerdem ist die Trennung von Tätern und Widerstand eine weitere willkürliche Setzung, denn beides gehört untrennbar zusammen. Das Stadthaus war genauso ein Ort von Tätern, Opfern und Widerstand, wie das Kolafu/Polizeigefängnis Fuhlsbüttel, vielleicht sogar noch in viel stärkerem Maße.

Der ständige Verweis auf den Hannoverschen Bahnhof ist ebenfalls nicht angebracht, denn vom Stadthaus aus wurden die Transporte organisiert. Dort saßen die Täter, wurden die mörderischen Entscheidungen gefällt. Das Stadthaus war das Zentrum von Verfolgung und Terror. Hier fanden die entscheidenden Verhöre statt, hier sollte der politische Widerstand gebrochen werden. Diese Taktiererei lässt eigentlich nur den Schluss zu, dass eine Gesamtschau des Widerstandes im Zentrum der Stadt nicht gewollt ist.

Le, 06.02.2019